Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11

Nummer 287 | Altensteig, Donnerstag den 6. Dezember 1928 | 52. Jahrgang

Aus dem Reichstag

Die Not der Landwirtschaft und der Reichstag

Berlin, 5. Dez. Der Reichstag hat vor seiner achttägigen Sitzungspause die meisten der vorliegenden Anträge den Ausschüssen überwiesen. Sofort angenommen wurde ein Zentrumsantrag, der eine Erleichterung der Belastung der Landwirtschaft durch Rentenbankzinsen fordert, ebenso ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der bei der Einziehung von Reichssteuern Rücksichtnahme auf die katastrophale Lage der ostpreußischen Landwirtschaft verlangt. Weiter ein Zentrumsantrag, der vorbeugende Maßnahmen gegen die Einfuhr ausländischer Lebensmittel wünscht. Hebung der Geflügelzucht, Anschluß der Lohndreschereien an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, einheitlichere Viehseuchenbekämpfung und schnellere Veröffentlichung der Viehzählungsergebnisse sind die Forderungen weiterer Anträge der Deutschen Volkspartei, die sofort angenommen werden. Ein ferner angenommener Antrag der Deutschnationalen ersucht um schleunige Vorlegung des Berichts über die Gesundheitsverhältnisse der Landarbeiterinnen und über die Säuglingssterblichkeit in den Landarbeiterfamilien. In **namentlicher Abstimmung** wird ein kommunistischer Antrag auf **Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents** um 100 000 Tonnen mit 213 gegen 186 Stimmen bei 6 Enthaltungen **abgelehnt.** Für den Antrag haben mit den Antragstellern auch die Sozialdemokraten gestimmt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung des Kontingents um 70 000 Tonnen wird gleichfalls abgelehnt, ebenso der Antrag der Wirtschaftspartei auf andere Verteilung des Kontingents. Am kommenden Dienstag stehen die Anträge zu ein Rentnerversorgungsgesetz und verschiedene internationale Verträge auf der Tagesordnung. Inzwischen hält das Zentrum seinen Reichsparteitag im Rheinland.

*

Ein neuer Zolltarif?

Die **deutschnationale Reichstagsfraktion** hat eine Interpellation eingebracht, worin unter Bezugnahme auf die Arbeiten des Enqueteausschusses betont wird, daß die bisherige Zoll- und Handelspolitik nicht zu den erstrebten Zielen geführt habe. Mehrung der Arbeitsgelegenheit sei nur vorübergehend erreicht worden. Hunderttausende von Arbeitslosen harrten der Wiedereinschaltung in den Produktionsprozeß. Lebenswichtige Wirtschaftszweige litten schwer unter verschärftem ausländischem Wettbewerb. Die Außenhandelsbilanz sei nach wie vor in Milliardenbeträgen passiv. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereits damit beschäftigt sei, nach den schon vorliegenden Ergebnissen der Enquete **den endgültigen Zolltarif aufzustellen** und bereit sei, auf Beschleunigung der Abschlußarbeiten der Enquete hinzuwirken. Ferner wird gefragt, ob die Reichsregierung rechtzeitig im Jahre 1929 die endgültige Zollvorlage dem Reichstag unterbreiten und die **Höhe der Zollsätze** so bemessen werde, daß ein ausreichender Schutz für die heimische Arbeit gegeben werde.

Chamberlain und Briand

oder wie die Locarno-Politik aussieht

Zwei Ministerreden im britischen und französischen Parlament geben dieser Woche das Gepräge. Chamberlain gab Erklärungen über die **Rheinlandräumung.** Briand hielt eine große Rede über sein politisches Programm. Beide Reden gehen in einer Linie: **Deutschland hat kein Recht auf Rheinlandräumung.** Aber noch mehr: Die Verquickung der Räumungs- und Reparationsfrage, die Poincaré schon jahrelang betreibt, hat nun bei den beiden Außenministern der befreundeten Länder volle Unterstützung gefunden.

Chamberlain hat mit seiner Erklärung insofern etwas Neues gesagt, als sein Stellvertreter, der Schatzkanzler Churchill, im englischen Unterhaus nach seinem Besuch bei Poincaré auf die Anfrage, ob die Entschädigungsfrage mit der Räumungsfrage verknüpft sei, die Antwort erteilte: „Nein, es ist eine ganz getrennte Angelegenheit." Es war schon auffallend, daß diese Erklärung Churchills im englischen Parlamentsbericht weggelassen wurde, umso mehr, als die Juristen des englischen Außenamtes ein Gutachten über die Auslegung der Artikel 429 bis 431 des Versailler Vertrages ausgearbeitet hatten, in welchem die Räumungsfrage im Sinne des deutschen Rechtsstandpunktes behandelt wurde. Und nun kam Chamberlain von seiner Erholungsreise zurück und nahm die erste Gelegenheit wahr, um ausdrücklich im Parlament zu erklären, Artikel 431 über die Räumung könne erst dann wirksam werden, wenn Deutschland die Gesamtsumme seiner Reparationsverpflichtungen völlig abgezahlt habe.

Der **Artikel 431** lautet: „Leistet Deutschland vor Ablauf der 15 Jahre allen ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen."

Daraus geht hervor, daß Deutschland das Recht auf sofortige Räumung nicht bestritten werden kann. Chamberlain hat wohl das Gefühl dafür, denn er hat in seiner Rede zugegeben, daß aus **politischen** Gründen die Räumung erwünscht sei.

In Berlin wird die Erklärung Chamberlains scharf abgelehnt, und man fragt sich, wie der englische Außenminister in einem Augenblick, wo er, Briand und Stresemann in Lugano zur Ratstagung zusammentreffen wollen, in solcher Schärfe eine Frage behandelt, deren Rechtsboden eindeutig im Versailler Vertrag festgelegt ist. In der englischen Oeffentlichkeit hat die Erklärung Aufsehen erregt und man nennt sie eine „ernste Enttäuschung" für die Deutschen. Das Arbeiterblatt „Daily Herald" meint, daß die Erklärung den Eindruck erwecke, daß die in Locarno erregten Hoffnungen drei Jahre später wieder vereitelt werden. In Paris jubelt man darüber, daß Chamberlain nun Arm in Arm mit Poincaré die Locarno-Politik, die bisher schon mehr gefürchtet als geliebt war, sabotiert hat.

Die Auslegung der **Locarno-Politik** durch **Briand** in der französischen Kammer wirkte noch stärker als Chamberlains Erklärung. Briand erzählte mit advokatischer Schlauheit, wie Reichskanzler Müller in Genf gesagt habe: Deutschland hat das Recht, die sofortige Rheinlandräumung zu fordern. Darauf hätten Frankreich und England geantwortet: „Das ist nicht richtig, Deutschland hat dieses Recht nicht." Die englisch-französische Zusammenarbeit ging mit dieser Erklärung Briands eindeutig hervor. Aber auch seine Ausführungen über Locarno, über die Einsetzungen militärischer Kontrollkommissionen sowie die scharfe Ablehnung des deutsch-österreichischen Zusammenschlusses und der Nachweis, daß angeblich Räumungs- und Reparationsfrage zusammenhängen, zeigen volles Einvernehmen zwischen Briand und Poincaré und sagen den Deutschen eindeutig, daß aus der Locarno-Stimmung und dem Locarno-Geist für Deutschland keine Erleichterungen zu erwarten sind. Wären diese Reden schon vor der außenpolitischen Debatte im deutschen Reichstage gehalten worden, so müßte die deutsche Volksvertretung einen Strich unter das Locarno-Gerede machen, denn es ist nachgerade unwürdig, von Verständigung und Versöhnung zu reden, wenn der Geist der führenden Männer in Frankreich und England auf solchen Irrwegen geht und der Mund mit Friedensreden die Völker zu betören versucht. Das geradezu widerliche Spiel um die Einberufung des Sachverständigenausschusses, das zwischen Paris und London geht, ist ein weiterer Beweis dafür, daß es wirklich am guten Willen fehlt. Zieht man noch einen Vergleich zwischen dem Locarno-Geist und der französischen Aussprache zum Heeresbudget, welches 12 Milliarden Franken oder ein Viertel des ganzen Staatshaushaltes für die sogenannte nationale Verteidigung fordert und Frankreich das stärkste Heer der ganzen Welt sichert, so versteht man, daß jede ernste Friedensbestrebung in Europa an den Widerständen von Paris und London scheitern muß.

Neues vom Tage

Die Arbeitsaufnahme in Nordwest

Dortmund, 5. Dez. Der Arbeitgeberverband teilt auf Anfrage mit: In der weiterverarbeitenden Industrie sind zur Zeit 70 Prozent der Belegschaft wieder bei der Arbeit und bei den Hüttenwerken 30 Prozent. Die Hüttenwerke beginnen heute mit dem Anblasen der Hochöfen.

Severing über die Lage im Ruhrgebiet

Berlin, 5. Dez. Wie Reichsminister Severing, der nach Berlin zurückgekehrt ist, Vertretern der Presse mitteilte, ist damit zu rechnen, daß bis Ende der Woche etwa 75 Prozent der ausgesperrten Arbeiter des Ruhrgebietes die Arbeit wieder aufgenommen haben. Wenn die Arbeitsaufnahme bis dahin nicht vollständig ist, so hat das seinen Grund in technischen Schwierigkeiten. Bei seinem Besuch im Ruhrgebiet hat Minister Severing Besprechungen mit beiden Parteien gehabt. Diese Besprechungen haben aber noch nicht den materiellen Inhalt des Streites umfaßt, vielmehr wird Minister Severing, wenn er den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers und den Vermittlungsvorschlag des Regierungspräsidenten Bergemann genau studiert hat, **erneut ins Ruhrgebiet fahren,** um über die sachliche Seite des Problems zunächst mit den Parteien einzeln und dann an einem Tisch mit beiden seinen Schiedsspruch vorzubereiten. Dieser Spruch wird frei von allen Bindungen erfolgen und wahrscheinlich gegenüber den bisherigen Lösungsversuchen etwas Neues darstellen. In seinem Besuch im Ruhrgebiet hat Minister Severing zum Ausdruck bringen wollen, daß die Reichsregierung vor allen Dingen den größten Wert darauf legt, die Wiedereröffnung der Betriebe so bald wie möglich herbeizuführen. Dieser Zweck ist erreicht worden. Es ist damit zu rechnen, daß der Schiedsspruch des Ministers nicht vor Ende nächster Woche erfolgt. Severing wird eine genaue Prüfung des Problems vornehmen. Sie ist nach seiner Auffassung umso notwendiger, als **sein Spruch** gegenüber dem bisherigen **etwas Neues** sein muß. Er wird dabei die wirtschaftlichen und die sozialen Gesichtspunkte berücksichtigen. Severing beabsichtigt, einen Ausgleich durch Staffelung herbeizuführen, um den sozialen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Er wies darauf hin, daß Reichsarbeitsminister Wissell nur die Möglichkeit hatte, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären oder es zu unterlassen, dagegen keine Aenderungen vorzunehmen. Demgegenüber unterstrich Minister Severing, daß seine Aufgabe ihm Aenderungsmöglichkeiten biete und daß er diese Freiheit nützen werde.

Unruhen in Afghanistan

London, 4. Dez. In Kalkutta sind Meldungen eingegangen, wonach der Palast König Aman Ullahs in Jallalabad von den Revolutionären niedergebrannt wurde. **Auch** verschiedene Regierungsgebäude sollen von ihnen in **Brand** gesteckt worden sein. Die Revolte breitet sich weiter aus. Nach einm anderen Bericht ist auch der Flugzeughafen in Jallalabad vernichtet worden. Wie aus Kabul gemeldet wird, hat König Aman Ullah beschlossen, einen afghanischen Minister an die aufständischen Stämme zu entsenden, um mit diesen **Friedensverhandlungen einzuleiten.** Der Minister hat eine erste Zusammenkunft mit dem Führer des aufständischen Stammes, Schinwari, gehabt. Die Hoffnung auf eine freiwillige Beilegung der Streitigkeiten zwischen der afghanischen Regierung und den aufständischen Stämmen ist sehr schwach.

Der neue Bundespräsident von Oesterreich

Wien, 5. Dez. Beim dritten Wahlgang wurde **der Präsident des Nationalrates Wilhelm Miklas zum Bundespräsidenten gewählt.** Das Wahlergebnis wurde von den Christlich-Sozialen mit stürmischem langanhaltendem Händeklatschen und Hochrufen begrüßt.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 4. Dez. Am Dienstag abend behandelte der Landtag den Gesetzentwurf über die **geschützten Tage und die allgemeinen (bürgerlichen) Feiertage.**

Berichterstatter ist Dr. Schall (D.): In Artikel 1 des Gesetzes ist bestimmt, daß mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft wird, wer den Anordnungen zum Schutz der Feiertage usw. zuwiderhandelt. Durch Art. 2 wird festgelegt: „Welche Tage als allgemeine (bürgerliche) Feiertage gelten, wird durch Verordnung des Staatsministeriums festgesetzt."

Heymann (S.) hätte gewünscht, daß die Regierung nicht nur dem Verwaltungsausschuß, sondern auch dem gesamten Landtag den vollen Inhalt der Feiertagsverordnung mitgeteilt hätte, zumal durch die Verordnung eine strengere Kodifikation des bisher geltenden Rechts eintreten soll.

Staatspräsident Dr. Bolz: Die Regierung hat den Entwurf vorgelegt, weil sich das Bedürfnis nach einer Neufassung der einschlägigen Bestimmungen mit einigen Aenderungen schon seit Jahren geltend gemacht hat. Eine Erweiterung des Feiertagsschutzes durch den neuen Entwurf tritt nicht ein; es liegt für die Regierung auch kein Grund vor, dem Landtag den Inhalt der Verordnung vorzuenthalten. Die Regierung denkt auch nicht daran, an der Verordnung, wenn sie einmal erlassen ist, irgend welche sachliche Aenderungen vorzunehmen. Wenn eine spätere Regierung etwa Aenderungen vornehmen wollte, so könnte der Landtag jederzeit diese zum Gegenstand einer Aussprache im Landtag machen und von der Regierung eine Aenderung der Verordnung verlangen.

Bausch (Chr. V.D.) schildert den Segen der Sonntagsruhe und der Sonntagsheiligung für das ganze Volk, namentlich in der heutigen Zeit, wo die Kultur des Leibes einseitig im Vordergrund steht, die Kultur der Seele aber vernachlässigt wird. Es ist uns deshalb ein besonderes Anliegen, für die gesetzliche Regelung der Arbeitsruhe einzutreten. Das im vorliegenden Gesetz vorgesehene Strafmaß ist durchaus ungenügend; wir beantragen daher, die württ. Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das in Art. 366 des Str.G.B. vorgesehene Strafmaß (150 Mark) wesentlich erhöht wird. Zu bemängeln ist auch, daß zu viele Ausnahmen von den Bestimmungen zugunsten der Sonntagsruhe gewährt werden. Wir beantragen daher weiter, daß solche Ausnahmen möglichst beschränkt werden und daß das Innenministerium die Oberämter mit besonderer Weisung versieht, durch welche die Ausnahmefälle genau bezeichnet werden.

Die Abg. Heymann und Schall beantragen, in der polizeilichen Sonntagsverordnung die Worte „öffentliche Veranstaltungen" zu ersetzen durch „öffentliche Darbietungen" und hinter den Worten „öffentliche Versammlungen" einzufügen „im Freien".

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kaim (S.) begrüßt die Ausführungen des Abg. Bausch und heißt den Christlichen Volksdienst als Mitstreiter willkommen (Zurufe bei den Kommunisten: Das evang. Zentrum ist entlarvt!) Wir wollen das Staatsministerium ersuchen, der Verordnung eine Gestalt zu geben, die den Sonntag zu einem wirklichen Ruhetag für unser abgehetztes Volk macht.

Köhler (K.) lehnt den Gesetzentwurf ab, der wieder einmal den Staat und die Kirche in engster Arbeitsgemeinschaft zeige zur Vergewaltigung der Bestrebungen Andersdenkender und bringt einen entsprechenden Antrag ein.

Dr. Hölscher (B.B.): Die Auswüchse, die sich namentlich im Sportswesen an Sonntagen zeigen, werden auch von uns nicht gebilligt; wir wissen aber auch, daß für den weit überwiegenden Teil unseres Volkes eine andere Zeit, als der Sonntag eben nicht zur Verfügung steht. Der Redner erklärt, daß er dem Antrag des Christlichen Volksdienstes auf Erhöhung der Schutzfrist nach dem Gottesdienst von einer Viertel- auf eine halbe Stunde zustimme, nicht aber der Entschließung zugunsten einer Erhöhung des Strafmaßes.

Justizminister Beyerle weist darauf hin, daß im neuen deutschen Strafgesetzbuch in Paragraph 390, eine Strafe bis zu 500 Mark für die Vergehen, die nach Paragraph 366, Ziff. 1 mit einer Strafe von bis 150 Mark bedroht sind, vorsehe. Er möchte daher zu erwägen geben, ob der Antrag Bausch nicht zurückgezogen werden wolle.

Heymann (S.) begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Der Staat von heute darf sich nicht mit den Ansprüchen der Kirche identifizieren und einen gewissen polizeilichen Druck ausüben, um der Kirche den von ihr als wünschenswert erachteten geistigen Einfluß zu sichern. Infolgedessen geht die Verordnung über das hinaus, was der Staat nach seinem ganzen heutigen Charakter zu tun hat.

Bei der **Abstimmung** wird Art. 1 gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die **Entschließung Bausch** auf Erhöhung des Strafmaßes wird gegen Zentrum und Chr. V.D. abgelehnt; desgleichen wird abgelehnt der Antrag Heymann-Schall („öffentliche Versammlungen im Freien"). **Angenommen** wird lediglich der **Antrag Bausch**, die Gottesdienst-Schutzfrist auf eine halbe Stunde zu erhöhen. Zu Art. 2 wird abgelehnt die kommunistische Entschließung. Die Art. 3 und 4 finden ohne Erörterung Zustimmung. Damit ist die zweite Beratung des Gesetzes erledigt.

Man geht über zu der **Großen Anfrage** Schneck (Komm.) betr. das Verbot der Abhaltung von Konzerten des russischen Violinspielers Sörmus. Schneck (K.) begründet die Anfrage. Staatspräsident Dr. Bolz: Mit der Kunst des Herrn Sörmus habe ich mich nicht zu befassen. Als russischer Staatsangehöriger und Kommunist hat er aber nicht das Recht, bei uns Agitation zu treiben. Darauf wurde Sörmus aufmerksam gemacht. Er hat auch bei der Steuerbehörde ein Gesuch um Steuerbefreiung eingereicht mit der Behauptung, es handle sich um Konzerte für wohltätige Zwecke, was sich als unwahr erwies (Hört, hört! im Zentrum.).

*

Aufräumungsarbeit im Landtag

Stuttgart, 5. Dez. Der Landtag räumte am Mittwoch mit dem ihm zur Zeit noch vorliegenden Beratungsstoff auf. Der Entwurf des neuen **Beamtengesetzes** wurde, nachdem einige Anträge des Berichterstatters Pollich, die jedoch nur rationeller Art waren, Zustimmung gefunden hatten, **in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.** Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Göhring (S.) und Schneck (Kom.) wegen Beleidigung wurde versagt. Das **Gesetz über die geschützten Tage** wurde in dritter Lesung gegen die Stimmen der Soz. und Komm. genehmigt, der zweite Nachtragsetat an den Finanzausschuß überwiesen und die Novelle zum Berggesetz in 2. und 3. Lesung verabschiedet. Eine längere Aussprache rief eine Eingabe der württ. Referendare wegen Neufestung der Unterhaltszuschüsse hervor. Der Finanzausschuß hatte beantragt, die Eingabe dem Staatsministerium zur Erwägung zu übergeben. Der Abg. Dr. v. Hieber (Dem.) beantragte Berücksichtigung. Annahme fand nur ein Antrag Bausch (Chr. V.), bei der Gewährung der Zuschüsse durch Staffelung besondere Rücksicht zu nehmen, aber es bei dem bisherigen Unterstützungsprinzip zu belassen. Zum Schluß wurde noch eine Reihe von Eingaben behandelt und es wurden der Regierung zur Berücksichtigung übergeben eine Eingabe des Gemeinderats Horb betr. den Umbau der Bildechinger Steige, eine Eingabe der Stadt Schramberg betr. Erbreiterung der Staatsstraße Schramberg-Rottweil, eine Eingabe des Württ. Landesausschusses des Alkoholismus betr. Erhöhung des Staatsbeitrags, eine Eingabe des Württ. Blindenvereins auf Anstellung eines staatlichen Landesblindenpflegers und auf Gewährung eines Staatsbeitrages von 5000 M. sowie eine Eingabe der Heilbronner Weingärtner auf Streichung der Winzerkredite in Fällen besonderer Notlage oder auf Stundung. Eine Eingabe betr. den Bau der kleinen Heubergbahn wurde der Regierung als Material übergeben. Nachdem dann noch eine Reihe weiterer Eingaben vorwiegend persönlicher Natur ihre Erledigung gefunden hatten, war die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 19. Dezember statt.

* **Zur Geschäftslage des Landtags.** Das Plenum des Landtags wird in etwa 10 Tagen erneut zur Beratung vom Nachtragsetat zusammentreten. Diese Tagung wird sehr kurz sein. Erst im Februar dürfte dann das Plenum des Landtags seine Arbeit, vor allem mit der Gemeindeordnung wieder aufnehmen. In der Zwischenzeit werden der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß, sowie der Finanzausschuß verschiedene Beratungsstoffe behandeln.

Das Notstandsdarlehen für Wildberg

Stuttgart, 5. Dez. In der Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes über Notstandsdarlehen an die Stadtgemeinde Wildberg heißt es u. a.: Die 1487 Einwohner zählende Stadtgemeinde Wildberg gehörte von jeher zu den ärmsten Gemeinden des Bezirks Nagold. Die an sich schon schlechte finanzielle Lage der Gemeinde wurde dadurch wesentlich verschärft, daß sie im Jahr 1924 um 50 000 R.M. das ehemalige Forstamtsgebäude in Wildberg, das sog. Schloß kaufte, um dort die dringend notwendigen weiteren Schulräume zu gewinnen. Der Kauf des Schlosses erwies sich als in jeder Beziehung verfehlt. So war die Stadtgemeinde froh, als sich im Jahr 1926 ein Käufer für das Schloß in der Person des Dr. med. Reinöhl in Stuttgart zeigte. Mit ihm kam ein Kaufauftrag zustande, wonach er für das Schloß 60 000 Mark zu bezahlen und die Verpflichtung zu übernehmen hätte, in dem Schloß ein Sanatorium einzurichten. Da er über wenig Kapital verfügte, gewährte ihm die Stadtgemeinde zum Umbau des Schlosses und zur Einrichtung des Sanatoriums nacheinander Darlehen von 110 000, 100 000 und 150 000 R.M. In allen diesen Fällen hat die Stadtgemeinde die Verträge vollzogen und das Geld vorausgabt, ohne die erforderliche Regierungsgenehmigung einzuholen, bezw. abzuwarten. Zusammen mit anderen Schulden, sowie den hohen Zinsen und Provisionen ergab sich nach einer im Februar d. J. gefertigten Uebersicht ein Gesamtschuldenstand der Stadtgemeinde Wildberg von rund 590 000 R.M. Inzwischen ist es der Stadtgemeinde gelungen, den Dr. Reinöhl aus dem Sanatorium dadurch zu entfernen, daß sie das Anwesen samt Inventar um 300 000 R.M. zurückkaufte. In dem Kaufvertrag übernahm sie eine Grundschuld von 50 000 R.M., wodurch sich der Gesamtschuldenstand auf rund 640 000 R.M. erhöhte. Die Stadtgemeinde betreibt jetzt das Sanatorium auf eigene Rechnung insolange, bis sie es verkaufen oder verpachten kann. Der Finanzausschuß hat am 5. Juli 1928 die Ministerien des Innern und der Finanzen vorläufig ermächtigt, der Stadtgemeinde Wildberg ein zu 4½ Prozent verzinsliches Staatsdarlehen bis zum Betrag von 200 000 R.M. auf drei Jahre abzugeben. Ferner hat entsprechend den vorläufigen Abmachungen die Amtsversammlung des Oberamtsbezirks Nagold am 24. September 1928 beschlossen, der Stadtgemeinde Wildberg zu Lasten der Amtskörperschaft ein Notstandsdarlehen von 100 000 R.M. auf die gleiche Zeit und zu den gleichen Bedingungen, wie sie für das staatliche Darlehen gelten, zu gewähren. Was die künftige Gestaltung der finanziellen Verhältnisse der Stadtgemeinde Wildberg unter dem Einfluß der Notstandsdarlehen betrifft, so steht einer Gesamteinnahme von 47 920 R.M. die Gesamtausgabe von 133 250 R.M. gegenüber, so daß sich ein Abmangel von 85 330 R.M. ergibt. Von diesem Abmangel kann durch die zu erwartenden Beiträge des Staats zu den Schulkosten und aus dem Ausgleichsstock, ferner durch eine Gemeindeumlage von 28 Prozent der Kataster der Betrag von 76 320 R.M. Deckung finden, während restliche rund 9000 R.M. durch Mehranfall von Einnahmen und durch weitere Einsparung an den Ausgaben zu decken sind. Auf Grund dieser Berechnung besteht begründete Aussicht, daß die Stadtgemeinde Wildberg durch die Hilfeleistung von Staat und Amtskörperschaft und durch stärkste Anspannung ihrer eigenen Finanzkraft in den Stand versetzt wird, ihre Zahlungsverbindlichkeiten auf die Dauer zu erfüllen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 6. Dezember 1928.

Zur Gemeinderatswahl

Es wird uns geschrieben: Wieder einmal stehen die Gemeinderatswahlen vor der Tür und der Bürger sieht sich vor die Frage gestellt: „Wen soll ich wählen?" Auswahl ist genug vorhanden; nun heißt es also zu überlegen. Was ist nun eigentlich die Aufgabe des Gemeinderats? Bekanntlich geht es auf dem Rathaus nicht um die hohe Politik. Hier werden keine außenpolitische Fragen erörtert, hier ist nicht die Stelle, an der Gesetze gemacht werden, hier müssen keine großen weltanschaulichen Fragen erörtert werden — in erster Linie hat der Gemeinderat Verwaltungsfragen zu lösen und das ist schließlich nichts anderes, als mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, zu hausen und in diesem Rahmen seine Aufgaben zu lösen. Auch da, wo er vor kulturelle Aufgaben, z. B. Schulfragen, gestellt ist, sind nicht die prinzipiellen Fragen im Gemeinderat zu lösen, sondern auch diese Fragen müssen mehr von ihrer praktisch-nützlichen Seite gesehen werden. Daß man dabei die großen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren müßte, ist nicht gesagt. Wenn man so die Aufgabe der städtischen Vertreter sich überlegt, kommt man ohne weiteres zur Einsicht, daß die Partei auf dem Rathaus keine Rolle spielen sollte. Es wäre falsch, würde etwa die Zusammensetzung des Gemeinderats ein Bild geben von der parteimäßigen Zusammensetzung der Altensteiger Bevölkerung, vielmehr muß der Gemeinderat ein Abbild sein der beruflichen Schichtung der Gemeinde, dann wird er seine Aufgabe erfüllen können. Das hat die Arbeiterschaft auch erfaßt und sich auf 1 Liste geeinigt. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke, daß die bürgerlichen Parteien und Vertreter verschiedener Berufs- und Beamtengruppen sich zusammensetzten, um eine gemeinsame Liste zur Wahl aufzusetzen. Warum der Christliche Volksdienst glaubte, hier nicht mittun zu können, ist nicht recht ersichtlich. Hat man sich gefürchtet vor dem Wort bürgerlich? Wir sind gar nicht der Ansicht, daß so ein großer Gegensatz sei zwischen Bürgern und Arbeitern, im Gegenteil, wir sind der Ansicht, daß jeder in Altensteig wohnende Arbeiter ein Altensteiger Bürger ist, daß es auch gar nicht auf einen Gegensatz Besitzende und Besitzlose herauskommt, denn auch auf der Liste der Arbeiterschaft stehen drei Hausbesitzer, die man also füglich nicht Besitzlose nennen kann, wir sind aber der Ansicht, daß der Gemeinderat, wie dies schon gesagt wurde, ein Bild der berufständigen Gliederung der Gemeinde geben muß und da sind die Verhältnisse in Altensteig doch noch immer so, daß unser Städtchen in erster Linie ein Platz des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes ist und für ihn gilt es einzutreten, ihn zu erhalten und zu stützen, aus finanziellen, volkswirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten heraus. Der Mittelstand muß hier vor allem ein Wort mitzusprechen haben, da er der hauptsächliche Steuerträger Altensteigs ist. Falsch würden wir aber verstanden, würde dies so aufgefaßt, als ob die Vertreter der Bürgerschaft auf dem Rathaus eine einseitige Interessenpolitik zu treiben hätten. Selbstredend muß jedem, der als Gemeinderat aufs Rathaus kommt, zu allererst das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegen, allerdings immer von dem Gesichtspunkt heraus: Es ist keine Sorge für das allgemeine Wohl, wenn dabei ein Teil etwa notleiden muß; hier heißt es den Mittelweg suchen, einen Ausgleich finden. Daß die Arbeiterschaft nicht auf Rosen gebettet ist, wissen wir alle gut, daß aber der Mittelstand schwer um seine Existenz zu ringen hat, ist längst auch kein Geheimnis mehr und rein praktisch gesehen, würde ein Zusammenbruch des Mittelstandes für eine Stadtverwaltung, wie die Altensteigs, selbst katastrophal wirken, da sie mit einem großen Teil ihrer Einnahmen auf diesen Mittelstand angewiesen ist. Aus solchen Erwägungen heraus sind die zwei Listen, die sich bürgerlich und Mittelstand nennen, entstanden. **Zweifellos wäre es besser gewesen, sich auf eine Liste zu einigen, dessen waren sich alle bewußt, die bei den Besprechungen waren;** aber um noch größere Zersplitterung durch Eigenbrödelei, die ja ein Erbfehler aller Deutschen ist, zu verhindern, kam man zu dem Ausweg, zwei verbundene Listen aufzustellen, um eine „Auswahl" zu bieten. Aber beide Listen, ob bürgerlich oder Mittelstand benannt — das Kind muß einen Namen haben — haben den Zweck, die Stimmen zu sammeln all derer, die den Mittelstand darstellen: Handwerker, Kaufleute, Angestellte.

Zur Aufnahme in die Lehrerseminare. Das Seminarrektorat Nagold bittet uns um Aufnahme der nachstehenden Mitteilungen: Da erfahrungsgemäß die amtliche Bekanntmachung im „Staatsanzeiger" häufig übersehen wird und immer wieder Anmeldungen verspätet erfolgen, werden die Eltern und Lehrer auch auf diesem Wege nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß auch im Frühjahr 1929 wieder Schüler und Schülerinnen in allen württ. Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten aufgenommen werden. Nach der amtlichen Bekanntmachung im „Staatsanzeiger" vom 14. November Nr. 268 müssen die Gesuche durch die Bezirksschulämter, bei Schülern höherer Lehranstalten durch das betr. Rektorat oder Vorsteheramt bis spätestens 20. Dezember dem Evangelischen bezw. Kathol. Oberschulrat vorgelegt werden. Die anzumeldenden Schüler sollen am 1. Mai 1929 das 13. Lebensjahr vollendet und das 16. nicht überschritten haben. Ueber die den Gesuchen beizulegenden Papiere gibt die amtliche Bekanntmachung genauen Aufschluß. Die Aussichten auf sofortige Anstellung nach Erstehung der ersten Dienstprüfung sind als durchaus günstig zu bezeichnen, da der bisherige Lehrerüberschuß bis dahin längst beseitigt sein wird. Ueber die Ausbildungskosten usw. erteilt das Seminarrektorat Nagold jederzeit gerne mündliche oder schriftliche Auskunft.

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 3. Dezember 1928

Abwesend: Gemeinderat Schittler, Henßler, Schneider

Die Firma Gebr. Theurer hier hat beim Reichsbahnbauamt Calw um Genehmigung zweier weiterer Gleisanschlüsse zu ihrem geplanten neuen unteren Sägewerk nachgesucht. Durch diese Anschlüsse würde die Herstellung der von der Stadtgemeinde geplanten Ueberfahrtsbrücke von der Wilhelmstraße zum Bahnhof unmöglich. Da die Deutsche Reichsbahngesellschaft gleichfalls Interesse an der Ausführung der Brücke hat, hat sie die Zulassung der beantragten Gleisanschlüsse abgelehnt. Die Firma Theurer hat daraufhin ein neues Gesuch um Genehmigung von einem Gleisanschluß eingereicht, worüber heute längere Zeit beraten wird. Es wird beschlossen, in Bälde an Ort und Stelle eine Besichtigung unter Beiziehung der Beteiligten vorzunehmen. — Die Stimmzettel zur Gemeinderatswahl werden auf Kosten der Stadtgemeinde beschafft; die Verteilung wird rechtzeitig erfolgen. — Zu dem Baugesuch des Wilhelm Burghardt, Friseurs, wird wiederholt Stellung genommen. Da der erforderliche freie Hofraum fehlt, hat er um Befreiung von der diesbezüglichen Bestimmung nachgesucht. Der Gemeinderat übernimmt jedoch — auf Vorschlag des Ortsbautechnikers — eine Baulast auf den an das Gebäude des Burghardt anstoßenden städtischen Platz beim Sternenbrunnen in der Weise, daß ein Teil des Brunnenplatzes in dem vom Stadtbauamt vorgeschlagenen Umfang, von der Stadtgemeinde aus nicht überbaut werden darf. Einem im Zusammenhang mit dem Baugesuch gestellten Antrag auf käufliche Ueberlassung eines 2 Meter breiten Streifens, der Burghardt'schen Eigentumsgrenze entlang, welcher früher versehentlich durch den vorherigen Eigentümer des Gebäudes eingezäunt wurde, wird nicht stattgegeben. Städtischer Platz soll nur in ganz dringenden Fällen abgegeben werden. Gegen eine pachtweise Ueberlassung wird nichts eingewendet. — Wegen Hausschwammwucherungen mußten im Rathausgebäude (Stadtpflegekanzlei) und im benachbarten Gasthaus zum „Rößle" Reparaturen vorgenommen werden, wodurch zusammen etwa 3000 R.M. Kosten entstanden sind. Rößleswirt Lander hat nun auf Grund Sachverständigen-Gutachten von der Stadtgemeinde Schadenersatz verlangt. Es wird mit 6:2 Stimmen beschlossen, die Kosten der Arbeiten an der gemeinsamen Mauer hälftig zu tragen; im übrigen soll jeder Teil seine eigenen Kosten übernehmen.

*

= **Calw,** 5. Dez. Der neu ernannte Stadtpfarrer Hermann ist gestern hier eingetroffen und heute im Kirchengemeinderat mit seiner Frau begrüßt worden. Dekan Roos, ein Verwandter zu dem neuen Stadtpfarrer, sprach herzliche Begrüßungsworte als Amtsbruder und Amtsgerichtsrat Hölder im Namen des Kirchengemeinderats, worauf Stadtpfarrer Hermann für die freundliche Aufnahme bestens dankte und seine ganze Kraft für die Gemeinde einzusetzen versprach. Der Jugendchor sang sodann zu Ehren der Stadtpfarrersfamilie drei Lieder in der Kirche.

*

Edelweiler, 5. Dez. (Gemeinderatswahl.) Bei der am Samstag, den 1. Dezember, stattgefundenen Gemeinderatswahl haben von 111 Wahlberechtigten nur 31, also nicht einmal ein Drittel, abgestimmt. Wahlvorschläge wurden nicht eingereicht. In freier Wahl wurden gewählt die bisherigen vier Gemeinderäte: Johannes Theurer, Bauer, mit 27 Stimmen, Friedrich Raisch zum „Adler" mit 23 St., Johannes Dieterle, Gemeindepfleger, mit 23 St., Christian Kalmbach, Bauer, mit 17 St. Die übrigen Stimmen waren zersplittert.

Baiersbronn, 4. Dez. Es ist den Bürgern wieder gelungen, bei der kommenden Gemeinderatswahl ihrem immer gehegten Wunsch nachzukommen und als Vertreter für das Gemeindewohl Männer zu wählen, die ihnen sympathisch sind und ihr volles Vertrauen genießen, ohne an eine Partei oder Liste gebunden zu sein. Am Montag, den 3. Dezember war der Zeitpunkt zur Abgabe von Wahlvorschlägen abgelaufen. Erfreulicherweise ist kein Wahlvorschlag abgegeben worden und somit ist die Gemeinde zur freien Wahl berechtigt, so daß die Bürger nicht aufgedrungene Wahlzettel zur Wahl benützen müssen, sondern sich ihren Mann wählen können. Fast noch wichtiger ist die Tatsache, daß die gewählten Gemeinderäte als freie Männer ihres Amtes walten können. Politik gehört nicht auf das Rathaus.

*

Rottweil, 4. Dez. Am Sonntag, den 9. Dezember veranstaltet die hiesige evang. Stadtpfarrgemeinde in der Liederhalle einen Wohltätigkeitsbazar, dessen Ergebnisse zur Erbauung eines Gemeindehauses verwendet werden sollen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 5. Dez. (Autozusammenstoß.) Ein mit vier Personen besetztes Auto stieß am Silberbuckel auf einen Lastkraftwagen. Drei Insassen des Personenautos blieben unverletzt, während der vierte, der Schwiegervater des Autoführers, auf die Straße geworfen wurde und einen doppelten Schädelbruch erlitt, an dessen Folgen er starb.

Birkach bei Stuttgart, 5 Dez. (Aus Not in den Tod.) Der im nahen Schönberg wohnhafte Kellner Friedrich Degen und seine Ehefrau wurden erschossen aufgefunden. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß das Ehepaar infolge längerer Stellenlosigkeit des Mannes und nervöser Erkrankung der Frau gemeinsam den Freitod gesucht hat.

Tuttlingen, 5. Dez. (Aus verschmähter Liebe in den Tod.) Am letzten Montag vormittag stürzte sich die 17 Jahre alte Luise Britsch von hier über das Geländer der Hochbrücke hinter der früheren Wirtschaft zur Sonne und blieb mit zerschmetterten Gliedern auf dem 15 Meter tiefer liegenden Bahnkörper liegen. Die Verletzte ist gestorben. Grund: verschmähte Liebe.

Ravensburg, 5. Dez. (Die Vermißte tot aufgefunden.) Die seit Samstag vermißte zehnjährige Maria Rösch aus Bürgermoos bei Tettnang ist tot aufgefunden worden.

Geislingen a. St., 5. Dez. (Tödlicher Sturz.) Ein hiesiger Bürger kam nachts auf seiner Haustreppe, ehe er das elektrische Licht einschalten konnte, zu Fall und stürzte ab. Seine Frau fand den Verunglückten nach einiger Zeit bewußtlos auf. Nun ist er den erlittenen Verletzungen erlegen.

Versuchsfahrt des „Graf Zeppelin"

Friedrichshafen, 5 Dez. Nach gründlicher Ueberholung des Luftschiffes ist „Graf Zeppelin" heute vormittag kurz nach 9 Uhr zu der ersten der sieben von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt vorgeschriebenen Versuchsfahrten aufgestiegen. An Bord befinden sich etwa 90 Personen. Die Passagiere setzen sich außer den Herren der Deutschen Versuchsanstalt vorwiegend aus Werftangehörigen zusammen. Die Führung des Luftschiffes hat Kapitän Lehmann. Die Fahrt soll 6—7 Stunden dauern und sich auf das Ueberfliegen des Bodenseegebietes beschränken. Der Start ging glatt vonstatten Das Wetter ist schön, aber kalt, der Morgennebel ist im Schwinden begriffen.

Ulm, 5. Dez. Auf seiner Versuchsfahrt ist „Graf Zeppelin" um 10.30 Uhr, von Friedrichshafen kommend, über Ulm erschienen, zur Ueberraschung der Ulmer Bevölkerung. Er zog eine große Schleife rund um das Münster. Das Luftschiff wandte sich sodann nach Neu-Ulm, kehrte bald über das Wiblinger Schloß wieder zurück und verschwand schließlich in der Richtung, aus der es gekommen war. Ueber dem Stauffenring wurden zwei Säckchen mit Post abgeworfen, die sofort an das Hauptpostamt abgeliefert wurden. Im ganzen hat der Besuch über Ulm eine Viertelstunde gedauert. Das Luftschiff ist um 1.50 Uhr in Friedrichshafen wieder glatt gelandet.

Tagung der Landwirtschaftskammer

Stuttgart, 4. Dez. Die 20. Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer leitete wegen Verhinderung des Präsidenten Adorno und des stellv. Vorsitzenden Dingler Gutsbesitzer Hermann-Blaufelden. Nach einem Nachruf für Baumschulenbesitzer Aldinger-Feuerbach wurde Gärtnereibesitzer Steinle-Stuttgart an dessen Stelle einstimmig in die Landwirtschaftskammer gewählt. Ueber das **landwirtschaftliche Notprogramm** sprach Generalsekretär Huber vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften. Auf Grund der eingereichten Anträge sind für das Staatsgebiet Württemberg aus den Notprogrammgeldern Beihilfen und sonstige Zuschüsse verwilligt worden für die Vereinigten Käsereien des württ. Allgäus in Düren, für die Errichtung einer Melkerschule, zum Ausbau der Milchwirtschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalt in Wangen i. A., zur Verbesserung der Qualität der Molkereierzeugnisse und zur Ausbildung von Molkereipersonal, weiter für die Eierverwertung und die Obstabsatzförderung, sowie zur Verbilligung des Bezuges von krebsfesten Saatkartoffeln und zur Förderung des Absatzes der Qualitätserzeugung von Futterpflanzen, zur Förderung der Geflügelzucht und des Absatzes ihrer Erzeugnisse und zur Organisation und Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch. Der Redner hob hervor, daß die aus dem Notprogramm an die württ. Landwirtschaft gegebenen Mittel bei weitem nicht ausreichen, sämtliche einschlägigen Maßnahmen durchzuführen. Das landwirtschaftliche Notprogramm könne nur ein erster Schritt sein, dem weitere Schritte folgen müßten. Bei der ferneren Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse müsse den besonderen württ. Verhältnissen Rechnung getragen werden. Besonders sollten auch Mittel zum Zwecke der planmäßigen Beeinflussung des Absatzes und der Verbesserung der Qualität von Getreide und Hülsenfrüchten bereitgestellt werden. Ebenso müssen künftighin in dem Notprogramm Beihilfen und verbilligte Kredite für die im Interesse der Sicherung und des Absatzes einheimischer Qualitätsweine gelegene Errichtung genossenschaftlicher Keltern und Kellereianlagen zur Verfügung gestellt werden. Ueber die Maßnahmen zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse berichtete Frhr. v. Stauffenberg-Rihtissen. Er stellte an die Spitze den Satz, daß die bisherige Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches der Landwirtschaft nicht die Preise für ihre Produktion zu sichern verstanden hätte, die ihre Erzeugungskosten decken. Die Folge sei eine in erschreckendem Tempo zunehmende Verschuldung der Landwirtschaft. Die Geldmittel könnten aber nur in geringstem Umfange zur Verbesserung der Erzeugung dienen; in der Hauptsache wurden sie benötigt zur Zahlung der Steuern oder Aufrechterhaltung der Betriebe und zur Bestreitung der eigenen Lebenskosten. Die Verschuldung werde heute von Sachkennern auf 13 Milliarden RM. geschätzt und erreiche damit ungefähr die Höhe des Jahreswertes der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung. Auf schlechten und mittleren Böden sei die Grenze der Verschuldungsmöglichkeit heute schon erreicht, wenn nicht überschritten, und damit die Gefahr katastrophaler Zusammenbrüche gegeben, die unsere gesamte Volkswirtschaft zu erschüttern drohe. Der Redner bezeichnet alle Förderungsmaßnahmen als aussichtslos, wenn nicht eine grundlegende Umstellung der Wirtschaftspolitik zur Rettung der deutschen Landwirtschaft erfolge. In seinen weiteren Ausführungen gab der Berichterstatter ein kurzes Bild all der Hemmungen, die eine bessere Gestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung erschwere. Er forderte tatkräftige Förderung des Meliorationswesens und Umgestaltung unserer veralteten Feldbereinigungsgesetzgebung. Er verlangte eine rationelle Zusammenarbeit aller für die Gestaltung unserer Marktverhältnisse in Betracht kommenden Faktoren, des Staats, der Gemeinden, der Genossenschaften, des Handels und der Organisation der Verbraucher.

In der Aussprache wurden die Maßnahmen zur Förderung des Absatzes im einzelnen beraten Es sprachen für das Gebiet des Pflanzenbaus Hege-Hohebuch, für das Gebiet der Tierzucht Treiber-Schaichhof, Mangold-Reutlingen, Herrmann-Blaufelden, Herman-Hohenmühringen, Adlung-Sindlingen, Graf v. Rechberg-Donzdorf, Muth-Ellwangen, Hönig-Heubach, Mayer-Pommertsweiler und Günther-Möhringen.

Die Beratungen von Maßnahmen zur Absatzförderung wurden am Mittwoch vormittag fortgesetzt. Sie lehnten sich insgesamt an das in einer Entschließung vorgelegte **Arbeitsprogramm zur Verbilligung, Verbesserung und Absatzsteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse** an, das die erforderlichen Maßnahmen im einzelnen enthält. Aldinger-Burgholzhof eröffnete die Aussprache auf dem Gebiet des Obst-, Gemüse- und Gartenbaus. Es sei höchste Zeit, daß sich eine Liga zum Schutze und zur Bevorzugung der einheimischen Erzeugnisse bilde. Die Obstpreise seien gegenüber der Vorkriegszeit um nur etwa 10 Prozent gestiegen. Unser Obst sei qualitativ weit besser als das ausländische. Weingärtner Kugler-Fellbach erörterte die Verhältnisse im Weinbau. Verlangt wird Verbilligung der Rebenschädlingsbekämpfungsmittel und Geräte, Förderung des Reinsatzes von Reben mit anerkannten Edelsorten, Errichtung von Rebstropfanstalten usw. Ueber die Frage des Ausbaus des Genossenschaftswesens machte Generalsekretär Huber Stuttgart, grundlegende Ausführungen.

Zu den Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und Agrargesetzgebung nahm Direktor Dr. h. c. Ströbel das Wort. Er verwahrte sich gegen die Anschauung, als habe der Bauer seine Not selbst verschuldet. Dabei bedenke man aber nicht, daß diese Länder keinen Krieg geführt und auch keinen verloren haben. Dr. Ströbel schilderte die seit 14 Jahren anhaltenden staatlichen Eingriffe in die landwirtschaftlichen Betriebe, die die Ursache unserer Agrarkrise sind. Die unverschuldet in Not geratenen Bauern verlangen deshalb eine endliche Entlastung. Statt dessen drohen neue steuerliche Belastungen durch den Abmangel im Reichshaushalt. Entgegen der beabsichtigten Maßnahmen — Getränkesteuer u. a. auch auf Most, Erhöhung der Umsatz- und Besitzsteuer — verlangt die Landwirtschaft die Versteuerung des Umsatzes von Auslandsware und Erhöhung der Zölle. Die Monopolfrage werde gegenwärtig erörtert, sie sei aber noch völlig ungeklärt. Bezeichnend für die verfahrene handelspolitische Lage ist, daß der polnische Konsul den Mut hatte, beim Besuch der Württembergischen Landwirtschaftskammer Süd- und Norddeutschland gegeneinander auszuspielen. Ausgerechnet zu einer Zeit, da die Viehpreise wieder unter den Vorkriegsstand gesunken sind, wird im Reichstag eine Verdreifachungdes Gefrierfleischkontingents beantragt. Diese Verhältnisse spotteten jeder Beschreibung.

Die **Entschließung** nennt die erforderlichen Maßnahmen im einzelnen und ersucht die Wttbg. Staatsregierung alle Förderungsmaßnahmen nachdrücklichst zu unterstützen. Ferner wird die Württembergische Staatsregierung auf den Gebieten der Wirtschafts- und Steuerpolitik und der Agrargesetzgebung auf die baldige Verwirklichung folgender Forderungen hinzuwirken: Weitere tatkräftige Unterstützung der Absatzförderung, ausreichende Berücksichtigung der Lage der Landwirtschaft bei der Zollpolitik, insbesondere Erhöhung der Zollsätze für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, bessere Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen bei den Handelsvertragsverhandlungen, insbesondere auch mit Polen. Die eingeleiteten Notmaßnahmen genügen nicht. Sie müssen in erheblichertem Umfange weitergeführt werden. Aber sie sind nur dann von Erfolg, wenn gleichzeitig eine grundlegende Aenderung der Wirtschafts- und Steuerpolitik erfolgt und die Landwirtschaft vor der erdrückenden Konkurrenz des Auslandes geschützt und bei der Besteuerung entlastet wird.

Die Württembergische Landwirtschaftskammer weist die Reichs- und Landesregierung in ernster Stunde auf die staatserhaltenden Kräfte hin, die im Bauernstand ruhen und fordert dringend die Maßnahmen, die seine Erhaltung verbürgen: einen ausreichenden Zoll für landwirtschaftliche Produkte, Beschränkung der Einfuhr und Verminderung der Lasten.

Beim nächsten Punkt der Tagesordnung „**Zwangshagelversicherung**" gab Herrmann-Blaufelden einen geschichtlichen Ueberblick über die Hagelversicherung in Württemberg und begründete einen Antrag, wonach die Kammer es für notwendig erachtet, „daß möglichst sämtliche Landwirte sich ausreichend gegen Hagelschäden versichern. Eine Zwangshagelversicherung für Württemberg ist mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Landes abzulehnen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an. Anschließend sprach Dr. A. C. Wolf, der Leiter des agrikulturchemischen Laboratoriums der Württ. Landwirtschaftskammer über „Die Bedeutung der Bodenuntersuchungen für die Landwirtschaft." Der praktische Landwirt könne auf Grund von Naturbeobachtungen zu gleichen Erkenntnissen kommen wie die Wissenschaft, welche die Bodenuntersuchungsmethoden ausarbeite. An Hand sehr reichhaltigen Anschauungsmaterials von Bodenkartierungen sog. Reaktionskarten wurde gezeigt, wie man den Landwirt mit Untersuchungsergebnissen vertraut machen könne und ohne zu weniger verständlichen chemischen Fachausdrücken greifen zu müssen. Direktor Dr. Ströbel gab die Absicht der Kammer bekannt, im Frühjahr 1929 gemeinsam mit der Stadt Stuttgart eine Schlacht- und Mastviehausstellung abzuhalten. Die Kammer stimmte dem zu und nahm noch einen Antrag von Domänepächter Hege-Hohebuch an, demzufolge die Württbg. Regierung die Kosten für Versuche mit der in Holland seit langem bewährten Maulwurfsdrainage übernehmen möge. Nach der Entgegennahme weiterer Anregungen aus der Mitte der Versammlung wurde die Hauptversammlung nach fast fünfstündiger Dauer vom Vorsitzenden geschlossen. Herrmann äußerte den Wunsch, daß Regierung, Parlament und die gesamte Oeffentlichkeit daraus erkennen mögen, daß die Landwirtschaft mit allem Ernst entschlossen sei, ihrer Not Herr zu werden, daß aber diese Entschlossenheit auch der vollen Unterstützung des Staates bedürfe, wenn sie von Erfolg sein soll.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Der Aufsichtsrat der Brauerei Wulle A.-G. schlägt wie im Vorjahr eine Dividende von 6 Prozent auf die Vorzugsaktien und von 10 Prozent auf die Stammaktien vor.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 5. Dez. Weizen märk. 208 bis 210, Roggen märk. 201—204, Braugerste 218—235, Futtergerste 198—205, Hafer märk. 195—203, Mais waggonfrei ab Hamburg 219—221, Weizenmehl 26—29, Roggenmehl 25.60—28.60, Weizenkleie 14—14.25, Weizenmelasse 15—15.15, Roggenkleie 14 bis 14.25, Viktoriaerbsen 42—51, Wicken 27—29.50, Lupinen blaue 14—14.50, dto. gelbe 16.50—17, Rapskuchen 19.90—20.30, Leinkuchen 25—25.20, Trockenschnitzel 13.40—13.70, Sojaschrot 22 bis 22.70, Kartoffelflocken 19—19.70, allgemeine Tendenz: ruhig.

Märkte

Stuttgarter Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz. Zufuhr 50 Zentner, Preis 10.50 Mark für 1 Zentner.

Ulmer Schlachtviehmarkt vom 4. Dez. Zutrieb: 3 Ochsen, 9 Farren, 17 Kühe, 12 Rinder, 179 Kälber, 194 Schweine. Preise: Ochsen a 46—50, Farren a 40—42, b 34—38, Kühe b 28—32, c 16—26, Rinder a 48—50, b 44—46, Kälber a 64—66, b 60—62, Schweine a 72—74, b 66—70 M. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam und Ueberstände.

Viehpreise. Aalen: Ochsen 1140—1270 pro Paar, Stiere 430—560, Farren 250—470, Kühe 240—490, Kalbeln und Jungvieh 160—540, Kälber 85—110 M. — Gmünd: Farren 185 bis 520, Stiere 210—480, Kühe 150—570, Rinder 156—550 M. — Obersontheim: Kühe 171—301, Jungrinder 123—392 M. — Ochsenhausen: Jungvieh 190 M. Pforzheim: Jungrinder 250—260, Kalbinnen 500—600, Kühe 300—450.

Letzte Nachrichten

Rohrbach-Ozeanstart am 2. Januar

Berlin, 5. Dez. Der Start des zweimotorigen Rohrbach-Flugbootes „Rostra" zum Fluge über den Atlantik nach Nordamerika ist nunmehr, wie eine hiesige Korrespondenz aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, endgültig auf den 2. Januar festgesetzt worden.

Riesenbetrug mit Obligationen in Berlin

Berlin, 5. Dez. Während die Untersuchung gegen den Leiter des Verbandes der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten noch schwebt, wird jetzt ein neuer Fall bekannt, bei dem die in gespannter Finanzlage befindliche Stadt Waldenburg in Schlesien durch ein Konsortium Berliner Finanzleute geschädigt worden ist. Der Stadt Waldenburg soll bis jetzt **ein Schaden von 1 Million Mark entstanden** sein. Nach einer Korrespondenzmeldung ist der Betrug verübt worden im Zusammenhang mit der Aufnahme einer Anleihe der Stadt Waldenburg im Januar 1927, die durch einen Berliner Bankier getätigt wurde. An ihrer Begebung war der Vermittler Rathke beteiligt, dem auch die Regelung des Zinsendienstes usw. übergeben worden war. Rathke, sowie ein Vermittler Reichmann sollen in die Angelegenheit verwickelt sein. Die Aufklärung der Vorgänge dürfte durch die Berliner Polizei und die Staatsanwaltschaft erfolgen.

Tagung des Unterausschusses für die Kontrolle der Rüstungsindustrien

Genf, 5. Dez. In der Aussprache über die Kontrolle der staatlichen und privaten Rüstungsindustrien wurden heute nachmittag in dem hierfür eingesetzten Unterausschuß sämtliche Streitfragen behandelt, ohne daß man weder in der Spezialfrage der von Deutschland und den Vereinigten Staaten abgelehnten Einbeziehung der Zivil-Aviatik noch in der allgemeinen Frage der ganzen oder teilweisen Einbeziehung der Produktion der staatlichen Rüstungsindustrien in die Kontrolle zu einer Annäherung gelangen konnte. Die Aussprache hinter verschlossenen Türen soll morgen fortgesetzt werden. Am Freitag soll dann in öffentlicher Sitzung der Bericht an den Völkerbundsrat zur Annahme gebracht werden, der sachlich eine weitere Vertagung der Schwierigkeiten bedeuten wird.

Folgen des Wirbelsturmes auf den Philippinen

Manila, 5. Dez. Die Zahl der Todesopfer des letzten Wirbelsturmes auf den Philippinen beträgt 392. Hunderttausende von Menschen leiden unter der Hungersnot. Der Schaden wird auf 25 Millionen Dollar geschätzt.

Mutmaßliches Wetter für Freitag

Der Einfluß des westlichen Hochdrucks nimmt schon wieder etwas ab. Für Freitag ist zwar noch vorwiegend trockenes, aber vielfach bedecktes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Waldverkauf.

Die Erben des † **Jakob Seid**, Privatiers von **Zumweiler** verkaufen

am Mittwoch, den 12. Dezember ds. Js.

vormittags 10 Uhr

auf dem Rathause in **Ueberberg** folgende Wald-Parz. auf Markung Ueberberg

Grundbuchheft Nr. 134 — Parz. Nr. 87 48 a 33 qm Nadelwald in der Miß
Parz. Nr. 85 60 a 56 qm daselbst
„ „ 394 2 ha 54 a 60 qm in der Miß

Ratsschreiber: Keppler.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Empfehle neben meiner bekannt reichen Auswahl in

Gold- u. Silberwaren

mein gut sortiertes Lager von neu aufgenommenem

echtem Kristall.

Besichtigen Sie bitte mein Lager ganz unverbindlich.

Karl Kaltenbach senior
Altensteig (Marktplatz)
Telefon Nr. 17.

Eheringe **Bestecke**

Alle Bücher

die Ihnen von auswärtigen Buchhandlungen in Prospekten, Zeitungen und Zeitschriften angeboten werden, können Sie prompt zu denselben Preisen erhalten in der

W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig

Willkommene Gaben

für den Weihnachtstisch

sind die neuen

Schürzen

für Kinder und Erwachsene

Vorrätig in großer Auswahl bei

Gustav Wucherer
Altensteig

Lose zu Christbaumverlosungen
fertigt rasch und billig die
W. Rieker'sche Buchdruckerei, Altensteig

Spielwaren

Geschenkartikel | **Puppenwägele**
Rodelschlitten | **Puppensportwägele**

kaufen Sie am billigsten bei

Jakob Hanselmann, Simmersfeld

STATT KARTEN!

Walter Kaltenbach
Emma Kaltenbach
geb. Dieterle

Vermählte

4. Dezember 1928 Altensteig

Gleichzeitig allen Bekannten und Verwandten vor meiner Ausreise nach Amerika ein

herzliches Lebewohl

Walter Kaltenbach.

Fertige schwarze

Kleider

habe ich stets in großer Auswahl am Lager

Hans Schmidt
Altensteig

Suche im Auftrag zu kaufen:

150—200

Christbäume

mittlere Größe, davon 2 Drittel Weißtannen, das übrige Fichten, sofortige Angebote mit Preisangabe an

Franz Müller,
Flaschnermeister, Altensteig

LUGER

Heute eingetroffen:

Frische
Schellfische
Fisch-Filet
Kieler Bücklinge
ger. Seelachs

Der Astrologische Kalender
für 1929
ist zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhdlg.
Altensteig

Altensteig

Für die Hausbäckerei

empfehle:

Ausstechformen
Sprengerlesmodel
Kuchenbleche
Springformen
Anisbrotkapseln
Auflaufformen
Kranzformen
Puddingformen
Gugelhopfformen
Butterspritzen
Schneeschläger
Rührschüsseln
Reibmaschinen
Reibeisen
Wellhölzer
Kuchenunterlagen
Tortenplatten

Karl Heußler jr.
Eisenwarenhandlung
an der alten Steige

Nur solange Vorrat reicht!

Prima

Sportflanell

mit kleinen Webfehlern
statt Mk. 1.30 u. 1.40
zu
Mk. 1.- u. 1.10

Christ. Schwarz
Nagold
Bahnhofstr. u. Marktstraße

An den 3 nächsten Sonntagen ist das Geschäft von 11—4 Uhr geöffnet.

Werbetage mit

10% Rabatt

auf

Damen-Mäntel u. Kleider

Kinder-Mäntel und Kleider

Sie sparen viel

wenn Sie diese günstige Gelegenheit zum Einkauf Ihres Weihnachtsbedarfs benützen.

Chr. Schwarz

NAGOLD .·. Bahnhofstr.

An den 3 nächsten Sonntagen ist das Geschäft von 11—4 Uhr geöffnet.

Altensteig, den 6. Dez. 1928.

Danksagung.

Für alle Liebe und Teilnahme, die uns während der Krankheit und beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer herzensguten Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Friederike Kirn

zuteil wurde, sagen wir unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers am Grabe, dem Posaunen- und Mädchenchor, welche das Begräbnis so liebevoll umrahmten, sowie für die überaus zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhstätte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Chr. Kirn, Malermeister.

Auf vielfachen Wunsch haben wir den Artikel

Grammophon-Schallplatten

aufgenommen. Wir führen eine große Auswahl derselben und halten diese bestens empfohlen.

W. Rieker'sche Buch-, Schreibwaren- u. Musikalienhandlung
Altensteig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw